

**933 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP**

# Bericht

## des Ausschusses für verstaatlichte Betriebe

**über den Einspruch des Bundesrates (930 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. März 1986 betreffend ein Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungs- sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (ÖIAG-Gesetz)**

Der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe hat den gegenständlichen Einspruch des Bundesrates in seiner Sitzung am 21. März 1986 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Wimmersberger, Resch, Dr. Stummvoll sowie der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dipl.-Kfm. L a c i n a.

Bei der Abstimmung beschloß der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe auf Antrag des Abgeordne-

ten Resch mit Stimmenmehrheit, dem Hohen Hause die Fassung eines Beharrungsbeschlusses zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für verstaatlichte Betriebe somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

„Der ursprüngliche Beschluß des Nationalrates vom 6. März 1986 betreffend ein Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungs- sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (ÖIAG-Gesetz) wird gemäß Art. 42 Abs. 3 B-VG wiederholt.“

Wien, 1986 03 21

**Ing. Tychtl**  
Berichterstatter

**Rechberger**  
Obmann